

Organisierte Staatsprellerei: Steuervermeidung als Konzernsport

Über zehn Jahre wurde die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen debattiert, ohne dass dabei deren Steuerzahlungen zur Sprache kamen. Erst in jüngster Zeit etablierte das von der EvB mit gegründete internationale «Tax Justice Network» Steuervermeidung als zentrales CSR-Thema.

Für Normalbürgerinnen und -bürger gilt: Wer in einem Staat lebt und von dessen Leistungen und Infrastrukturen (wie Schulen, Universitäten, Spitäler, öffentlicher Verkehr oder Sicherheit) profitiert, leistet einen Beitrag zum Erhalt des Gemeinwesens, der seinen Möglichkeiten entspricht. Bei Grossunternehmen hingegen hat sich in den letzten Jahren immer mehr eine Kultur der aggressiven Steuervermeidung durchgesetzt. Dabei sind öffentlich finanzierte Leistungen auch für Konzerne überlebenswichtig: Ohne qualifiziertes Personal, eine hoch entwickelte Forschungslandschaft und Sicherheit für Top-Kader funktioniert heute kein Global Player. Trotzdem betrachten viele Manager Steuerzahlungen nicht als Beitrag an die Gesellschaft, sondern allein als Kostenfaktor. Unter dem stetig steigenden Aktionärs- und Renditedruck wird von Finanzchefs geradezu erwartet, dass sie die Staatsabgaben minimieren, wo und wie sie nur können.

Dass Konzerne Steuern vermeiden, ist allgemein bekannt; die Konstruktionen und Mechanismen, die sie dazu benutzen auch (siehe unten). Wie genau im konkreten Fall die Steuerangelegenheiten geregelt und wie viel dabei wo gespart wird, gehört indes zu den bestgehüteten Firmengeheimnissen. Sichtbar werden diese Konstruktionen meist erst nach Skandalen und Konkursen. Der bankrotte Enron-Konzern etwa hatte während fünf Jahren 1,8 Milliarden US-Dollar Profite gemacht, ohne darauf auch nur einen Dollar Steuern zu bezahlen. Ein Bericht des

US-Senats schätzt, dass es zehn Jahre dauern wird, um das Geflecht der 881 Tochtergesellschaften in Steueroasen juristisch zu durchleuchten.

Hans Ziegler, Sanierer des zerfallenen Winterthurer Erb-Konzerns, hat jüngst aufgezeigt, dass und wie die aggressive Steuerplanung Firmenzusammenbrüche mit verursacht: «Es ist eine leidige Geschichte, wenn Firmen meinen, sie müssen ihre Struktur primär auf minimale Steuern ausrichten. Solche Konstruktionen machen für das Tagesgeschäft keinen Sinn. Wer einmal begonnen hat, Beträge zwischen Tochterfirmen hin und her zu transferieren, nur um am steuergeografisch günstigen Ort Verluste oder Gewinne auszuweisen, gerät in einen Teufelskreis.» (Tages-Anzeiger)

Bahamas-Faktor und Standortpolitik

Ein verlässlicher Hinweis auf aggressive Steuervermeidung sind Tochtergesellschaften in Steueroasen. 13 US-Konzerne unterhielten 1997 218 solche Offshore-Briefkastenfirmen, 2003 waren es bereits derer 982. Ein anderes wichtiges Indiz ist der kontinuierlich zurückgehende Anteil der Unternehmenssteuern an den Gesamtsteuereinnahmen. In den USA zum Beispiel machten die Unternehmenssteuern Mitte der 60er Jahre noch 17 Prozent aller Steuereinnahmen aus. Seit 2000 ist dieser Anteil auf unter 10 Prozent gesunken, eine Tendenz, die sich in fast allen Ländern findet.

Und die Konzerne machen weiter standortpolitischen Druck auf Regierungen, so dass Fachleute sich heute ernsthaft fragen, ob Unternehmenssteuern überhaupt noch eine Zukunft haben. In einer Umfrage der Beratungsfirma KPMG bei leitenden Steuerverantwortlichen von 120 transnationalen Konzernen antworteten 62 Prozent, dass sie weitere Auslagerungen von Vermögenswerten in Steueroasen planen. Und über 70 Prozent gaben an, dass sie auf Versuche der Behörden, die Einnahmen zu erhöhen, mit «einer ausgeklügelten Steuerplanung und Verwaltung der Steuerprozesse» reagieren würden.

Angeschossene reagieren mit Augenwischerei

Am Public Eye 2005 in Davos vergab die EvB erstmals einen (Negativ)Award in der Kategorie Steuern – und hievte das Thema damit auf die internationale CSR-Agenda. Der «Preis» ging an die Steuerberatungsfirma KPMG, welche nicht nur Steuersparmodelle entwickelt, sondern ihre Kunden auch zu aggressiven Steuervermeidungspraktiken ermuntert. Das Tax Justice Network, welches KPMG nominiert hatte, zeigte in Davos den Kontrast zwischen wohlfeilen Reden über gesellschaftliche Unternehmensverantwortung und einer Steuerpraxis, die dem Gemeinwesen massiv schadet.

Diese Kritik aus der Zivilgesellschaft liess die Steuerberatungsfirmen nicht kalt. KPMG etwa verfasste ein Diskussionspapier mit dem Titel «Tax in the Boardroom» (Steuern im Verwaltungsratszimmer), in dem steht, das Thema Steuern sei Chefsache und dürfe nicht den Finanzspezialisten einer Firma überlassen werden. PriceWaterhouseCoopers entwickelte derweil das Konzept einer «Total Tax Contribution». Dieses fordert von Unternehmen mehr Transparenz bezüglich ihrer Steuerzahlungen. Dies freilich mit dem einzigen Ziel, Kritik vorzubeugen. Schliesslich läuft der Vorschlag letztlich darauf hinaus, dass Unternehmen mittels Addition der Steuerzahlungen von KundInnen, Angestellten und Zulieferern den Eindruck erwecken, sie würden mehr Steuern bezahlen, als sie tatsächlich tun.

Ein Beispiel dafür, wie aufgeblähte Steuerzahlungen als Konzern-PR Verwendung finden, lieferte der Ölkonzern ExxonMobil kürzlich in einem Inserat in der Washington Post. 2005 habe der Konzern 36 Milliarden Dollar Gewinn gemacht, weltweit aber 99 Milliarden Dollar Steuern bezahlt, hiess es dort. Drei Viertel dieses Betrags sind jedoch Treibstoffzölle und andere Abgaben, die die Kunden von ExxonMobil entrichteten und welche die Profite des Ölmultis in keiner Weise schmälerten.

Die goldene Anti-Vermeidungsregel

Die Steuerpraxis muss integraler Bestandteil jeder Diskussion um Corporate Social Responsibility sein. Verantwortliche Unternehmen sollen ihre Steuerstrategie und -philosophie ebenso offen legen wie etwa ihre Grundsätze im

Umgang mit den Beschäftigten. Und dabei zumindest folgende Regel beachten: Rechtliche Konstruktionen und geschäftliche Transaktionen dürfen nie den alleinigen oder hauptsächlichen Zweck der Steuervermeidung haben.

Wie in der gesamten CSR-Diskussion steht also auch hier die Frage der Transparenz im Zentrum. Gegenüber dem Fiskus verantwortlich handelnde Unternehmen legen alle steuerrelevanten Daten offen. Das heisst, sie legen Rechenschaft ab über alle Tochtergesellschaften und «Special Purpose Vehicles» (ein beschönigender Begriff für eine Briefkastenfirma in einer Steueroase). Und sie berichten über ihren Umsatz, Profit und Steuerzahlungen so, dass klar ist, wer welche Profite wo erwirtschaftet und wo sie versteuert werden. Eine solche Praxis hätte den zusätzlichen Vorteil, dass Fälle wie Enron oder Erb, wo nicht nur der Staat, sondern auch die Aktionäre über den Zustand des Unternehmens getäuscht wurden, erschwert würden. Was für die Besitzer eines Konzerns gilt, fordert auch nun auch die Zivilgesellschaft: Wir leben nicht mehr in einer Welt des «trust me» (glaube mir), sondern des «show me» (zeige es mir).

Das ABC der Steuervermeidung

A) Die Manipulation konzernintern verrechneter Preise («Transfer Pricing») ist vermutlich die beliebte Methode zur Steuervermeidung. Und das geht so: Eine Tochtergesellschaft in einem Land mit normalen Steuern verkauft ein Produkt zuerst zu niedrigen Preis an eine Tochtergesellschaft in einer Steueroase. Von dort wird es zu einem hohen Preis an eine andere Tochtergesellschaft oder an einen Endkunden verkauft. Der Gewinn und damit die Steuerzahlungen im Ursprungsland werden dadurch gedrückt, dafür fallen in der Steueroase steuerfreie Gewinne an.

B) Bei der so genannten Unterkapitalisierung («Thin Capitalisation») wird eine Tochtergesellschaft kaum mit Eigenkapital ausgestattet. Sie muss deshalb Fremdkapital aufnehmen, sich also verschulden. Das macht sie bei einer anderen Tochtergesellschaft des selben Konzerns in einer Steueroase. Die Schulden drücken den Profit und die Steuerzahlungen, während die Zinszahlungen steuerfrei in der Steueroase landen.

C) Schliesslich können auch immaterielle Werte wie Markenrechte oder Patente in Tochterfirmen in Steueroasen ausgelagert werden. Für den Gebrauch der Marke oder des Patentes werden dann hohe Summen an diese Tochtergesellschaft überwiesen. Oder die bilanzierten Gewinne werden durch Scheingeschäften mit Tochtergesellschaften in Steueroasen verkleinert, beispielsweise für Versicherungs- oder Consultingleistungen.

Andreas Missbach, 11.1.2007